

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, erklärt, warum von den jüngsten Gipfeltreffen destabilisierende Wirkungen ausgegangen sind,  
Seite 1

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, warnt vor Hilfe zu Gunsten des Pinochet-Regimes,  
Seite 3

Kurt Vogelsang MdB regt die Schaffung eines Kinderbeauftragten des Deutschen Bundestages an,  
Seite 4

Hermann Dürr, Rechtsanwalt, kritisiert, wie Minister Zimmermann mit den Drogenabhängigen umspringen möchte,  
Seite 5

38. Jahrgang / 130

12. Juli 1983

War das der Gipfel?

Die Hinterlassenschaft von Williamsburg und Stuttgart

Von Helmut Rohde MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Die Gipfeltreffen von Williamsburg und Stuttgart liegen hinter uns. Viele fragen sich, waren diese Zusammenkünfte von Industrieländern und Europäischer Gemeinschaft nun Beginn einer neuen Politik oder mehr Pomp und Tribüne zur kurzlebigen Selbstdarstellung?

Wer zeitlichen Abstand zu den Fernsehbildern gewonnen hat, wird nach diesen beiden zentralen Treffen von Sorgen bedrängt.

Was viele hofften, daß es zu einem internationalen Beschäftigungspakt der Industrieländer kommen würde, hat sich nicht erfüllt. Nicht der gemeinschaftliche Kampf gegen die Krise, sondern verschärfte Auseinandersetzungen untereinander werden die nächste Periode kennzeichnen. Insofern war Reagans jüngstes Stahl-Dekret, mit dem sich die USA von Westeuropa abgrenzte, ein Wetterleuchten.

Nach Williamsburg und Stuttgart spitzt sich die internationale Konkurrenz zu: In den Währungsbeziehungen, in der Zinsjagd, im Welthandel mit neuen protektionistischen Versuchen und in Form einer sich wechselseitig treibenden Hetzjagd nach neuen Produktionstechnologien. Das alles hat harte Begleiterscheinungen. Vor allem die Arbeitsmärkte geraten weiter unter Druck.

Die Gipfel-Treffen verändern ihren Charakter im Widerspruch zu den Verhältnissen. Je mehr die Rezession der 70er Jahre zu einer Depression dieses Jahrzehnts zu werden droht, desto prächtiger geraten die Treffen. Die Arrangements erscheinen wichtiger als das Resultat. Ausdauerndes Cheese-Lächeln soll Führungsschwächen vergessen machen. Haben die Demokratien so wenig aus den industriellen Krisen dieses Jahrhunderts gelernt?

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Zentraler Dienst  
für soziale Politik  
Berliner Platz



Die Stuttgarter Gipfel-Konferenz der EG bleibt in Kommunikationen und Vertagungen stecken. Auch hier erfüllten sich Hoffnungen nicht. Millionen von Arbeitnehmern sind in Europa vom Umbruch ganzer Wirtschaftszweige betroffen. Das reicht vom Stahl über Textil bis hin zu Werften, Kohle und anderen Bereichen. Vom EG-Gipfel erwarteten sie zumindest eine Rahmenbedingung dafür, wie im Sinne einer neuen Industriepolitik die aufbrechenden Probleme der alten europäischen Industrielandschaften angefaßt werden sollen. In Stuttgart war überhaupt nicht mehr die Rede davon. In einem Konferenz-Poker über Agrarmarkt und Finanzen verloren sich die Tage. Für die eigentlichen Ursachen dieser Konfliktstoffe aber, für die Arbeitslosigkeit und die krisenhaften sozial-ökonomischen Verhältnisse, blieb keine Zeit mehr. Viel wurde von Solidarität geredet, aber sie verlief sich in den Kommunikationen.

Bedrückend war, wie die alten Industrieländer unter dem Einfluß ihrer Probleme und Belastungen die Fassung in Stuttgart verloren haben. War das nun gleichsam Vorgeschmack auf die bevorstehenden Europa-Wahlen?

Mit einer Mischung aus Wichtigtuerei, politischer und institutioneller Aufgeblasenheit, mit Lethargie in nahezu allen großen Fragen und einem gleichzeitigen kleinlichen Detail-Perfektionismus ist keine europäische Zukunft zu machen. Der Gemeinschaft stehen schwere Zeiten ins Haus. Ihre Institutionen müssen aufpassen, daß sie den europäischen Kredit nicht verspielen. Die Kluft zwischen der Meinung der in Brüssel Herrschenden und der herrschenden Meinung in Europa wächst. Die Gemeinschaft wird heute an ihrem Verhalten gegenüber ihrer Krise gemessen. Die Konferenztaktik von Stuttgart blieb hinter den daraus erwachsenden Ansprüchen zurück.

Es gebe eben keine "Patentrezepte", hörte man dazu allenthalben. Als ob je in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen "Patentrezepte" Geschichte gemacht hätten. Dann kommt es auf Courage zum Handeln, auf den Mut zu konkreten Schritten an. Darin sah der frühere Bundespräsident Heinemann historische Schritte in dem Sinne, daß sie andere notwendigerweise nach sich ziehen.

Danach aber suchte man in Williamsburg und Stuttgart vergebens. Hier wurde die Krise nicht bekämpft, eher verdrängt. Das erinnert an die alte englische Art: Arbeitslosigkeit hat man, aber man spricht nicht davon. Dies ist jene Art von Liberalismus, der für Konservative stets bündnisfähig war. Die kapitalistische Freiheit hat ihre sozialen Defizite. Das lebt im heutigen Technologie- und Strukturwandel wieder auf. Liberalismus, einst europäische Freiheitsidee, reduziert sich selbst zur gelegentlichen Libertinage im konservativen Bündnis. Jeder soll in Europa das Recht haben, unter Brücken zu schlafen, schrieb man vor mehr als hundert Jahren. Über alle möglichen Rechte reden die Konservativ/Liberalen, nur nicht über die Rechte der Menschen auf Arbeit und die sozialen Voraussetzungen ihrer Existenz und ihres Selbstbewußtseins. "Fabu" wurde zum rechten Schlüsselwort der Depression. Der Liberalismus hat seine sozialen Bindungslosigkeiten wieder gefunden. In kritischen Zeiten suchte er stets bei den Rechten Unterschlupf.

Der enttäuschende Ausgang der beiden Gipfeltreffen hat die Lage schwieriger gemacht. Von ihnen gingen destabilisierende Wirkungen aus. Zumindest spiegeln sie die destabilisierenden Tendenzen unserer Tage wider.

Sieht man auf die Erfahrungen von Williamsburg und Stuttgart und gleichzeitig auf die Probleme im eigenen Lande - von der Arbeitslosigkeit bis zum Strukturwandel mit seinen neuen Produktionstechnologien -, dann drängen sich Schlußfolgerungen auf: Man darf die Krise und die Frage nach der Zukunft nicht allein den Gipfeln überlassen. Internationale Zusammenarbeit, Meinungsbildung und Politik müssen mehr sein. Die politischen, parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kräfte müssen zeigen, daß Demokratien nicht nur Regierungen, sondern vor allem handlungsfähige Bewegungen und selbstbewußte Beziehungen sind. Neue Formen internationaler Zusammenarbeit sind erforderlich. Die Politik ist zu mehr fähig, als auf den Gipfeln deutlich geworden ist.

Die westlichen Länder können nicht einfach zusehen, wie sich ihre Beziehungen untereinander und ihre Politik insgesamt zu einer Art konservativen Regierungs-Kartells verengen. Zwischen offenen demokratischen Bündnissen und einem solchen konservativen Kartellverhalten gibt es Charakterunterschiede.

Die Probleme sind groß: Die wachsenden Sorgen der alten Industrieländer, die überbordenden Rüstungslasten und die katastrophale Lage in der Dritten Welt treiben sich wechselseitig. Ohne internationale Erneuerung des Bewußtseins und der Politik kriegen wir die heutige Krise nicht vom Hals. + + + (-/12.7.1983/ks/va)

Pinochet steht vor einem Scherbenhaufen

Wir dürfen den Demokraten in Chile nicht in den Rücken fallen

Von Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Die jüngsten Verhaftungen in Chile, darunter führender Christdemokraten, werden die Kräfte der Demokratie und des sozialen Fortschritts nicht entmutigen können. Die Diktatur in Chile wird scheitern. Dies wird umso schneller gehen, wie sich die demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb des Landes weiterhin um ein neues, überzeugendes politisches Angebot für die Menschen in Chile entschließen und zusammenfinden.

Zehn Jahre nach dem blutigen Sturz der demokratisch legitimierten Regierung Allende, nach der brutalen Unterdrückung aller demokratischen Regungen und nach einer rücksichtslosen Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der unteren Einkommenschichten steht die chilenische Militärjunta heute vor einem Scherbenhaufen.

Mit der Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Chile oder mit finanziellem und wirtschaftlichem Entgegenkommen (zum Beispiel über den Internationalen Währungsfonds oder bei Umschuldungsverhandlungen) würde die Bundesregierung den Demokraten in Chile in den Rücken fallen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion erwartet, daß die Bundesregierung alles in ihrer Kraft Stehende tun wird, um zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion fordert die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, in Europa und in Lateinamerika auf, den Menschen in Chile zu helfen.

(-/12.7.1983/ks/va)

+ + +



Ein "Kinderbeauftragter" wäre nötig  
-----

Unsere Kinder brauchen eine stärkere Lobby

Von Kurt Vogelsang MdB

Schon zum zweiten Mal hat jetzt der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes dazu aufgerufen, Kinder vor gewaltverherrlichenden Videofilmen zu schützen. Eine kleine Zeitungsnotiz von nicht allzu großer Wirkung. Wer hat sie gelesen, wer zieht daraus Konsequenzen?

Auch die Bundesregierung hat in der 9. Wahlperiode auf zahlreiche Anfragen von Abgeordneten hin, darunter eine Kleine Anfrage, zu diesem Thema Stellung genommen, doch ist die Wirkung noch nicht erkennbar.

Ich möchte die Frage stellen, ob es nicht an der Zeit wäre, öffentlich über den öffentlichen Schutz unserer Kinder zu sprechen - und dies nicht nur in Bezug auf Videofilme. 17.000 tödliche Kinderunfälle im Jahr. 1.000 totgeprügelte Kinder sind stumme Zeugen unbewältigter Probleme.

Was fehlt, ist die öffentliche Auseinandersetzung. Sie kann nicht von den Verbänden allein geleistet werden, deren Hilfe und Wirkungskreis vorwiegend örtlich begrenzt bleibt. Sie wäre zu fördern etwa durch Debatten im Deutschen Bundestag, angeregt und vermittelt durch eine überfraktionelle Institution, die sich in der Person eines "Kinderbeauftragten des Deutschen Bundestages" verkörpern könnte. Möglicherweise wäre dies ein Weg, um die "Lobby für Kinder" über Parteigrenzen hinweg zu verbreitern. Man sollte bei diesem Thema nicht zur Tagesordnung übergehen.

(-/12.7.1983/ks/va)

+ + +



**Wie Zimmermann mit Drogenabhängigen umspringen möchte**  
-----

**Von Besinnung auf christliche Grundsätze kann keine Rede mehr sein**

Von Hermann Dürr  
Rechtsanwalt

Bundesinnenminister Zimmermann plant, Abhängigkeit von harten Drogen als Ausweisungsgrund ins Ausländergesetz aufzunehmen. Es handelt sich also nicht um Ausländer, die durch Geschäfte mit der Sucht anderer Millionär werden wollen. Es handelt sich um die Süchtigen selbst, die ausgewiesen werden sollen, wenn sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Das ist, wie Drogenberatungsstellen und Therapieeinrichtungen aus ihrer Erfahrung bestätigen können, ein Problem der zweiten Ausländergeneration. Diese jungen Menschen haben nicht ihre Sucht in die Bundesrepublik importiert. Sie sind im Inland süchtig geworden.

Zum Teil in der Bundesrepublik geboren, oft in früher Jugend hierher gekommen, haben sie alle Nachteile ihrer Situation zwischen den Nationen auskosten müssen. Manche sprechen Deutsch besser als ihre Muttersprache. Sie haben eine deutsche Schulausbildung, aber keine für ihr Heimatland. Ihre Eltern und viele Verwandte leben in der Bundesrepublik.

Wenn sie hier an harte Drogen geraten sind - was auch bei Einheimischen aus bester Familie vorkommen soll -, dann wäre es unchristliche Selbstgerechtigkeit, generell zu sagen: Raus mit ihnen!

Ich kenne einen drogenabhängigen jungen Ausländer, dessen Eltern und Verwandte hier wohnen, der nur deutsch spricht und der, wenn er ausgewiesen würde, sich mit seinen Großeltern und anderen Menschen im Heimatland überhaupt nicht verständigen könnte. Ihn auszuweisen, das wäre nahezu ein Vergehen nach Paragraph 221 Strafgesetzbuch, wo es heißt "Wer eine wegen jugendlichen Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit hilflose Person aussetzt,.... wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft".

Ob die Besinnung auf christliche Grundsätze die derzeitige Bundesregierung hindern wird, den Zimmermannschen Vorschlag zum Regierungsentwurf zu machen? Wenn nein, dann sollte wenigstens der Bundesminister der Justiz darüber aufklären, daß der in Artikel 6 Grundgesetz statuierte Schutz von Ehe und Familie auch auf das Ausländerrecht einwirkt. Und wenn auch das nichts hilft, dann sollten sich die Parlamentarier aller Parteien fragen, ob dieses Problem nicht eines der wenigen ist, das für jeden Abgeordneten eine das Gewissen berührende Frage sein muß. (-/12.7.1983/ks/va)

+ + +

